

**Antwort
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Amke Dietert-Scheuer und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

— Drucksache 13/2991 —

Handlungsanweisungen von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an türkische Politiker

Die türkische Tageszeitung *Hürriyet* berichtete am 31. Oktober 1995 in einer Kolumne über einen Brief von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an den türkischen Staatspräsidenten Demirel, in dem Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl die Meinung vertreten haben soll, daß die Türkei die Sozialisten „bearbeiten“ müsse, um die angestrebte Zollunion mit der Europäischen Union zu erreichen. Dazu soll Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl empfohlen haben, daß die türkischen Sozialdemokraten eine enge Zusammenarbeit mit europäischen Sozialdemokraten pflegen sollten, um sie so beeinflussen zu können. Im einzelnen heißt es in dem Beitrag:

„Baykal krempelt die Ärmel hoch, um der Held des Beitritts zur Zollunion zu sein. Dieser Beschuß von Baykal brachte den Brief von Bundeskanzler Kohl an den Staatspräsidenten Süleyman Demirel, der vor Monaten eintraf, in Erinnerung. Demirel hat uns diesen Brief mehrfach erläutert. In seinem Brief brachte Kohl zum Ausdruck, daß die Türkei, um der Zollunion und der Europäischen Union beizutreten, unbedingt die Sozialisten bearbeiten müsse. Deshalb schlug er vor, daß die türkischen Sozialdemokraten eine enge Zusammenarbeit mit den Sozialisten und Sozialdemokraten in Europa pflegen und Einfluß auf sie ausüben sollten. Somit wird die Empfehlung von Kohl umgesetzt.“

1. Gibt es einen Brief von Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl an den türkischen Staatspräsidenten Demirel mit der Empfehlung, daß türkische Sozialdemokraten Einfluß auf Sozialdemokraten in europäischen Ländern ausüben sollten, um den Beitritt zur Zollunion zu erreichen?
2. Wenn ja, wie ist der genaue Wortlaut des Schreibens, und welches Datum trägt es?

Nein – einen solchen Brief des Bundeskanzlers gibt es nicht.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundeskanzleramtes vom 29. November 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Im übrigen hat der Bundeskanzler grundsätzlich nicht die Absicht, Briefwechsel oder den Inhalt von Gesprächen mit ausländischen Staats- und Regierungschefs im Rahmen von Antworten auf parlamentarische Anfragen der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.